

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger: Gebr. Arnold, Dresden und Süd. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kautzsch und Dresden-Jitzsch

Abrechnung des Bringerlohns in der 46. Woche vom 10. November bis 16. November 1923 Milliarden M., unter Streichband für Deutschland die Nummer 40 Milliarden M. Einzelnummer 40 Milliarden M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreis: die 20 mm breite Anzeigenzeile 30 Pf., die 90 mm breite Anzeigenzeile 100 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 und 120 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Dreierbelegung 10 Pf.

Nr. 265

Dresden, Mittwoch den 14. November 1923

34. Jahrg.

Entente-Eingreifen wegen der Hohenzollern

Paris, 13. November. (H. Z.) Es steht nunmehr fest, daß sowohl in der Frage der alliierten Militärkontrolle als auch in der Frage der Rückkehr des Kronprinzen die alliierten Kabinette zu einer gemeinsamen energischen Aktion gegen Deutschland entschlossen sind. Nach dem Rat in der Entente ist der Entwurf einer neuen Note an die deutsche Regierung durch die Vorkonferenz ausgearbeitet worden und soll am Mittwoch der endgültigen Beschlußfassung unterliegen. Nach Bedeutung anderer Mächte soll die Note in der Frage des Kronprinzen auf den Artikel 228 des Friedensvertrages (Auslieferung der Kriegsverbrecher) gestützt sein und, wenn auch nicht die Auslieferung, so doch die Ausweisung des Kronprinzen verlangen.

In der Frage der Militärkontrolle soll sich die Vorkonferenz auf den Standpunkt gestellt haben, daß, wenn in einzelnen Teilen Deutschlands die Tätigkeit der Kontrollkommissionen auf Schwierigkeiten stoßen sollte, die Sicherheit der Alliierten neue Garantien erfordere, die mit den Sanktionen kombiniert werden könnten, die für den Fall in Aussicht genommen sind, daß Deutschland in der Frage des Kronprinzen den gestellten Forderungen nicht nachkomme. Es ist die Entente will von einer neuen Ausdehnung der Besetzung über Frankfurt hinaus wissen mit dem Ziele, die großen Eisenbahnlinien zwischen Berlin und dem Süden in die Hand zu bekommen. Nach dem Rat in der Entente soll die Ausdehnung der Kontrollzone auf die Grenzgebiete Deutschlands in Aussicht genommen sein. Tatsache ist jedenfalls, daß der neuen Politik des Herrn Stresemann vorbestimmte Beschränkungen, was selbst Herr Cuno nicht bestreiten will, die Einheitsfront der Alliierten gegen Deutschland fester denn je zusammengeschlossen.

Worte der demokratischen Frankfurter Zeitung wiedergegeben sein, die bestätigen, daß auch das ehrliche republikanische Bürgerturn die Gefahren erkennt. Das Blatt sagt u. a.:

Es handelt sich um keine „Milde Napoleons von Elba“. Der ehemalige Kronprinz ist wahrhaftig kein Napoleon und wird es nie werden. Er ist ein Durchschnittsmensch, der in einer Atmosphäre aufwuchs, in der er nicht einmal die soliden Eigenschaften eines Durchschnittsmenschen entwickeln konnte. Seine Rückkehr darf lediglich als eine deutsche innenpolitische Frage angesehen werden. Da wir von den Menschen zunächst immer gern das Beste annehmen möchten, so sind wir geneigt zu glauben, daß der Kronprinz zur Zeit den schließlichen Vorzug hat, dem von ihm gegebenen Wort entsprechend nicht gegen die deutsche Republik und gegen die Weimarer Verfassung zu intrigieren. Das Intrigieren werden aber andere für ihn besorgen, haben andere ja schon eine Zeitlang für ihn besorgt, und so wird Wilhelm der Jüngere alsbald im Mittelpunkt von allerlei Intrigen stehen. Daß er dann die Charakterstärke haben wird, sich davon frei zu machen, ist bei einem Manne, wie er es ist, nicht zu erwarten. So kann, wenn die Reichsregierung und die deutsche Öffentlichkeit nicht aufmerksam sind, in unserer Zeit der inneren Zerfurchung um seine Person ein neuer Gefahrenherd entstehen. Das hätte eine unheilvolle und charaktervolle Regierung von vornherein verhindern müssen. Schließlich ist es weniger wichtig, wenn ein Hohenzoller, jemand, der an Deutschlands furchtbarem Unglück ein gut Teil von Mitschuld trägt, noch in Weimern anheimelnd bleibt, als wenn das Deutsche Reich, um das der Kronprinz ja auch besorgt zu sein vorgibt, weiteren Verschärfungen ausgesetzt wird. Der ehemalige Kronprinz ist dem deutschen Volk in diesem Augenblick, wo das Wort Bürgerkrieg wegen der Haltung der monarchistisch gesinnten radikalen Parteien zu werden droht, im höchsten Maße willkommen.

Die Taktik der kommunistischen Partei

In dem gestern von uns veröffentlichten Artikel „Sachliche Sozialdemokratie und K. P. D.“ wendet sich Genosse Edel gegen die Behauptung Dittmanns, daß die sozialistisch-kommunistische Regierung faktisch bereits erlitten worden sei, als das Ultimatum kam. Genosse Edel schätzt die kommunistische Partei und ihre Taktik falsch ein. Wichtig ist, daß sich im Parlament der Zusammenarbeit mit den Kommunisten keine besonderen Schwierigkeiten ergeben haben. Der Gegenstand zwischen der K. P. D. und K. P. D. liegt auch nicht auf parlamentarischem Gebiet. Während die Sozialdemokratie die Demokratie aufrechterhalten und auf dem Boden der Verfassung für das Proletariat arbeiten will, strebt die kommunistische Partei, was sie ja auch ganz offen ausgesprochen hat, einem bewaffneten Aufstand zu, mit dessen Hilfe sie ihre Ziele erreichen will. Durch die falsche Einschätzung der kommunistischen Partei ist es zu erklären, wenn Genosse Edel behauptet, daß ein weiteres Zusammenarbeiten mit den Kommunisten nicht in sich selbst nicht möglich gewesen sei. Er hält die Rede Böckers in Leipzig und das bekannte Flugblatt, in dem es heißt, wie tiefen auf die Erlasse des Generals Müller, nur für „unpolitische Schritte“. Das kann man nur glauben, wenn man nicht sieht, mit welcher Folgerichtigkeit die Kommunisten ihre auf Herbeiführung eines Bundes gerichtete Taktik durchgeführt haben. In dem vor einigen Tagen bereits veröffentlichten Rundschreiben der Berliner K. P. D.-Zentrale vom 26. Oktober 1923 wird deutlich ausgesprochen, daß man einen bewaffneten Aufstand herbeiführen wolle und daß auch ein Generalaufstand nur der Vorbereitung eines solchen Unternehmens zu dienen hätte.

Jedem Parteimitglied, so heißt es in dem Rundschreiben, muß klar gemacht werden, daß der Generalaufstand in der gegenwärtigen Situation den Kampf um die Macht und daher den bewaffneten Aufstand bedeutet, wobei entweder wir unaufrichtig bis zur völligen Niederlage des Gegners fortzuehen oder der Gegner uns völlig niederschlägt.

An mehreren Stellen des Rundschreibens wird dann weiter gesagt, daß die K. P. D. als eine ihrer nächsten Aufgaben betrachtet: die völlige Auflösung der K. P. D.-Arbeiter von dem linken Flügel, die entweder zu einer Trennung dieser Arbeiter von ihren jetzigen Führern führt, aber unter neuer Führung einen aktionsbereiten und fähigen linken Flügel schafft. Auch aus diesen Äußerungen der kommunistischen Presse gehen die auf die Herbeiführung eines Aufstandes gerichteten Wünsche der K. P. D. klar hervor.

Freilich sind sich die Kommunisten klar darüber, daß sie allein mit ihren Anhängern dabei nicht siegen können, deshalb das Vertrauen der K. P. D. eine Lage zu schaffen, in der auch die sozialdemokratischen Arbeiter in einen Verzweiflungskampf hineingezogen werden. Wenn man das alles in Betracht zieht, so muß man klar erkennen, daß das politische Vorgehen der kommunistischen Partei in den letzten Wochen nicht, wie der Genosse Edel meint, unpolitisch war, sondern im Gegenteil es war durchaus in die ganz folgerichtige kommunistische Taktik hinein. Während Genosse Zeigner im Landtag an die Arbeiter die Aufforderung richtete, sich nicht provozieren zu lassen, empfahlen die Kommunisten den Arbeitern ein Verhalten, das der Willkür eines Anführers ein Ende gemacht hätte, empfehlen es offenbar in der Hoffnung, daß die Empörung der Arbeiter über die dann zu erwartenden Maßnahmen des Militärs das Proletariat immer mehr für die Sozialtätigkeit der Kommunisten reif machen würde. Daß dabei die Sozialdemokratische Partei hintergegangen, daß ausdrücklich abgelehnt wurde, es gingen solche Flugblätter heraus, wie das tatsächlich geschehen ist, wurde hier schon festgestellt. Jede marxistische Enttäuschung darüber ist überflüssig. Aber man muß zugeben, daß eine Partei, die eine andere mit ihr zusammenarbeitende Partei rücksichtslos hintergeht, zur gemeinsamen Arbeit vorläufig wenig geeignet ist.

Die jetzt von den Kommunisten eingeschlagene Taktik entspricht vollkommen den „Leitsätzen zur Taktik der Einheitsfront und Arbeiterregierung“, die auf dem Leipziger Parteitag im Februar dieses Jahres angenommen wurden. Dort heißt es:

Eine Landesarbeiterregierung muß den ihr durch die Reichsregierung und die Reichsgewalt gezogenen Rahmen verlassen und rücksichtslos für die proletarischen Klasseninteressen ausweichen und mit aller Kraft erweitern, was zu Konflikten der Landesarbeiterregierung mit der kapitalistischen Reichsregierung führen kann.

Im Verlauf der unermüdlichen Kämpfe mit der Bourgeoisie wird die sozialdemokratische Führerschaft eine Verdrängung mit dem Gegner suchen. Eine Verdrängung kann nur erfolgen, um den Preis des Verrates der arbeitenden Massen. Damit entfällt sich die Sozialdemokratie als konterrevolutionäre und fordert wider ihren Willen die Auflösung der sozialdemokratischen Arbeiter vom Einfluß der reformistischen Führerschaft und ihre Gewinnung für den rücksichtslosen Kampf gegen die Bourgeoisie.

Damit ist gesagt, daß die Kommunisten, wenn sie gemeinsam mit der K. P. D. einer Landesregierung angehören, versuchen würden, einen Konflikt mit dem Reich herbeizuführen. Sie nehmen dann an, daß die sozialdemokratischen Führer so viel Verantwortungsbewußtsein besitzen würden, um einen Ausgleich mit dem Reich zu erstreben. Dieses Moment wollen die Kommunisten benutzen, um über den Arbeiterverrat der sozialdemokratischen Führer zu schreiben und die Massen zu sich herüberzuziehen. Auf diese Weise hoffen sie, die Sozialdemokratische Partei zerschlagen zu können.

Nach diesen bereits im Februar aufgestellten Grundsätzen haben die Kommunisten jetzt gehandelt. Nach dem, was vorgegangen ist, kann kein Zweifel unterliegen, daß sie nicht in die Regierung eingetreten sind, um auf dem Boden der Verfassung praktisch mit uns zusammen zu arbeiten, sondern um durch die Vertreibung an der Regierung ihre besonderen Ziele, der Verwirklichung der Sozialdemokratie und der Herbeiführung eines bewaffneten Aufstandes, verfolgen zu können. Mit einer solchen Abenteuerpolitik würde aber nur der Reaktion ein Gefallen getan. Deshalb

„Heimtücke, Verrat und Betrug...“

Mitputschist Graefe gegen Rahr

Es war ein wunderbares Zusammentreffen, daß ausgerechnet der deutsch-nationale Berliner Tag einen Sonderberichterstatter in der Ruhr-Rundgebung am Abend des 8. November hatte, ebenso wunderbar, daß Berliner deutsch-nationale Redaktionen für diese Nacht verlängerten Dienst angesetzt hatten. Sie waren augenscheinlich bis ins einzelne davon informiert, daß sich an diesem Abend in München die „nationale Revolution“ abspielen sollte. Jetzt meldet sich in einer Sonderausgabe des bayerischen Deutschen Tagesblattes ein weiterer Berichterstatter, nämlich der Abgeordnete v. Graefe-Goldbeek. Er teilt ganz offen mit, daß er besonders nach München gerufen worden sei, um an der Aktion teilzunehmen. Allerdings ist er — nach seiner Angabe — erst am Morgen des 9. November eingetroffen und war dann sofort im Bürgerbräu mitten unter den Aufständischen. Von dort aus schildert er nun als Augenzeuge die Vorgänge, die sich im Laufe des Vormittags abspielten. Ueber das, was am Abend vorher im Bürgerbräu sich ereignete, berichtet Graefe auf Grund von Mitteilungen, die ihm aus den Stillerkreisen, vor allem von Ludendorff selbst, zugekommen sind:

Schon vor einigen Tagen hatten Löffow und Rahr sich in nähere Beziehungen zwischen Ludendorff und Hitler dahin erklärt, daß sie mit den Zielen der Freiheitsbewegung restlos übereinstimmen; in Übereinstimmung hatte Herr v. Rahr betont, daß auch er es angeht, die hiesigen Zustände in Berlin für unermesslich halte, von München aus eine neue nationale Reichsregierung zu proklamieren und nötigenfalls gegen Berlin zu marschieren, um sie durchzusetzen. Nur wollte er sich den Termin für diese Aktion selbst vorbehalten, und außerdem wünschte er, daß sich an dem neuen Kabinett möglichst auch Staatsmänner oder Politiker aus dem Norden beteiligten. Gegenüber diesen Zusicherungen haben Ludendorff und Hitler erklärt, daß sie loyal mit dem Herrn v. Rahr und Löffow zu diesem Zweck zu ammenarbeiten wünschten. Eine ähnliche Versprechung hat dann am 8. November nachmittags noch einmal zwischen Ludendorff und Rahr stattgefunden.

Nach Graefes weiteren Angaben hat jedoch Hitler den Eindruck gewonnen, daß Rahr mit seinen Zusicherungen die Bundesbrüder nur hinführen wollte, um ihre Pläne dann plötzlich durch eine Königsproklamation zu sabotieren. Hitler faßte deshalb den Entschluß, durch eigenes Handeln den Rahr zum Fortschreiten zu nötigen. Zu diesem Zweck überließ er die Bürgerbräuversammlung und rief dort die „nationale Republik“ aus. Voller Mut schilderte Graefe dann, wie Rahr seine Erklärung in der Versammlung abgab, wie Löffow sie unterstrich mit dem Versprechen, eine „Armee zu organisieren, die die Flagg Schwarz-Weiß-Rot liberal mit Stolz tragen“ werde, wie dann braunen die

„Front der Kampfformationen abgeschrieben“ wurde und Rahr dabei der nationalen Jugend besonders kräftige Hilferufe zurief.

Interessant noch sind die weiteren Mitteilungen Graefes, wonach die Rahr-Löffow-Seiter ursprünglich die Absicht hatten, der neuen Sache ausnahmsweise treu zu bleiben, daß die ersten Anzeichen des Unfalls sich erst zeigten nach einem Gespräch, das Rahr und Löffow noch in der Nacht mit dem Bevollmächtigten Ehrhardt, dem Kapitänleutnant Kauter, hatten.

Der Mitputschist Graefe wird dann moralisch spricht von „schönem Wortbruch“ und „verlogenem Spiel“ und verlangt, daß „deutsche Edelleute“ und „hohe Offiziere“ doch mindestens eine Aufkündigung ihres Treubundes mit den andern Hochverrättern hätten vornehmen müssen.

Graefe schildert dann den Zusammenstoß der Silberdemonstranten mit der Bundespolizei und Reichswehr und schließt dann den ganzen Jörn seiner volkstümlichen Seele aus über die „Heimtücke des schändlichen Wortbruchs“. Hitler habe nur gehandelt, weil er in Rahr ein Instrument ultramontaner Hinterlist zu erkennen glaubte, darum:

„Schande über die, die ihn mit feigem Wortbruch betrogen und jetzt noch den traurigen Mut haben, aus ihrer verächtlichen Lage heraus den Mann zu schmähen, der ehrlich blieb.“

Rahr und Löffow, desgleichen Seiber haben nach Graefes Urteil gehandelt, wie Hagen gegen den deutschen Siegerklub: „Selbst wenn es wahr sein sollte, daß sie von vornherein nur aus List so handelten — nämlich genug für einen General und einen Minister, wenn sie so zusammenknüpfen —, sind sie gerichtet für alle Zeiten als feige Männer des Wortbruchs.“ Schließlich wird auch das Verhalten des Kapitäns Ehrhardt als „gleichfalls schände und traurig“ bezeichnet.

Der Jörn der verratenen Aufständischen ist begrifflich. Aber ist das etwa der erste Wortbruch, den der General Löffow beging? Hat er nicht auch schon seinen der Republik geleisteten Eid gebrochen, als er sich mit den Aufständischen Ludendorff und Hitler einließ, und vorher schon, als er den freiwillig gelobten Gehorsam seinen Vorgesetzten verweigerte? Die „deutsche Treue“ findet durch Graefe eine besondere Bedeutung: Wortbruch, Heimtücke, schändlicher Verrat sind gegen einen Fremden erlaubt, nur nicht gegen Ludendorff und seine Gesellen! Die Hagen und die Siegfriede, die sich in München zeigten und Unterstützung aus Weimern fanden, sind einander wert und das wirkliche deutsche Volk in seiner wertvollen Arbeitskraft dankt dafür, von auch nur einer Gruppe dieser Ehrenbolde beherrscht zu werden.